

Wie sieht die Energiepolitik der Zukunft aus?



Viel Wind und Gegenwind rund um den Paderborner Dom

Windkraft im Paderborner Land: Kaum ein anderes Thema wird so kontrovers diskutiert. Etwa jede zweite der 1000 Windkraftanlagen in Ostwestfalen-Lippe dreht sich im Windland Paderborn. Es werden wohl bald mehr als 600 sein. Der Kreistag hat zum Ziel erklärt, bis zum Jahr 2020 den Strombedarf im Kreis Paderborn rechnerisch zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien abzudecken. Heute sollen schon 80 Prozent erreicht sein, hat kürzlich der Windparkbetreiber Westfalenwind ausgerechnet. Die meisten Windräder erzeugen in den Hochlagen des Paderborner Südkrei-

ses Strom. vielerorten haben sich Bürgerinitiativen gebildet, die sich gegen einen weiteren Ausbau der Windkraftnutzung und eine »Verspargelung« der Landschaft stemmen. Andere sehen in der Windkraft eine umweltschonende Kraftquelle, die nicht versiegt. Mit Windkraft lässt sich zudem gutes Geld verdienen. Das WESTFÄLISCHE VOLKSBLATT hat sieben Landtagskandidaten für den Wahlbezirk Paderborn-Land über ihre Haltung zur Windkraftpolitik befragt. Vor der Landtagswahl am 14. Mai sind weitere Themenseiten geplant. Foto: Besim Mazhigi

Nektaria Bader (SPD): »Ernst nehmen«

»Wir haben uns zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2025 etwa 40 bis 45 Prozent unseres Stroms aus erneuerbaren Energien zu erzeugen. Zur Erreichung dieses Ziels ist die Windkraft bedeutend. Im Kreis Paderborn haben Gemeinden und Städte wie Lichtenau, Bad Wünnenberg, Büren und Borchen bereits einen großen Beitrag zur Energiewende geleistet. Ein weiterer Ausbau mit Windkraftanlagen trifft hier zunehmend auf Kritik. Grund ist vor allem der Lärm- und Landschaftsschutz. Diese Bedenken der Menschen müssen wir ernst nehmen und das weitere Vorgehen mit ihnen gemeinsam planen. Um das Ziel der Energiewende erreichen zu können, müssen 1,2 Prozent der Fläche von NRW für den Bau von Windkraftanlagen zur Verfügung gestellt werden. Die dafür notwendigen Vorranggebiete auszuweisen, unterliegt der Planungshoheit der Städte und Gemeinden, die festlegen können, welche Flächen nach Abwägung harter und weicher Kriterien für den Bau von Windkraftanlagen freigegeben werden sollen.«



SPD-Landtagskandidatin
Nektaria Bader

Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU): »Vielorts über Schmerzgrenze«

»Der von Rot-Grün gegen die Stimmen der CDU im Landtag beschlossene Landesentwicklungsplan sieht für den Regierungsbezirk Detmold die Ausweisung von mindestens 10 500 Hektar an Vorranggebieten für die Windenergie vor. Aktuell sind etwas mehr als 6000 Hektar unter Wind, zwei Drittel davon allein im Kreis Paderborn. Dieser Plan muss korrigiert werden. Ohne einen Regierungswechsel am 14. Mai wird es deutlich mehr Anlagen im Kreis Paderborn geben. Darum hat sich die CDU im Kreis Paderborn erfolgreich dafür eingesetzt, in das CDU-Wahlprogramm eine regionale Deckelung der Windkraft aufzunehmen. Städte und Gemeinden müssen die Möglichkeit erhalten, den Ausbau der Windkraft rechtssicher auf ihrem Gebiet selbst zu steuern. Eine Über-



CDU-Landtagskandidat
Bernhard Hoppe-Biermeyer

lastung einzelner Kommunen und Regionen darf es nicht geben. Grundsätzlich begrüße ich die Windenergie als Quelle heimischer erneuerbarer Energien, aber bereits jetzt ist ein Maß erreicht, dass vielerorts über die Schmerzgrenze hinausgegangen ist.«

Roze Özmen (FDP): »Energieerlass zurücknehmen«

»In Deutschland werden Windkraft und Photovoltaik auch in Zukunft bei weitem nicht ausreichen, um unseren Primärenergiebedarf konstant abzudecken. Dennoch ist die Förderung von Windkraftanlagen immer stärker für Anwohner, Landschaft und Tierwelt durchgesetzt worden.

Wir fordern ganz konkret:

1. den Windenergieerlass zurückzunehmen und grundlegend zu überarbeiten, um angemessenen Anwohner-, Landschafts- und Naturschutz sicherzustellen,
2. das wichtige und äußerst sensible Ökosystem Wald darf nicht länger der Windenergieerzeugung preisgegeben werden,
3. den Trägern der regionalen Raumplanung ist in Zukunft wieder die uneingeschränkte Planungshoheit zur Ausweisung von



FDP-Landtagskandidatin
Roze Özmen

Vorranggebieten für Windkraftanlagen zu belassen,
4. neu zu errichtende Windenergieanlagen müssen einen ausreichenden Abstand zu Wohnbebauung, Schutzgebieten und anderen betroffenen Schutzgütern einhalten.«

Norika Creuzmann (Grüne): »Kritik ist zumeist überzogen«

»Die Windkraft ist eine wichtige Säule der Energiewende und setzt eine kostenlose Kraftquelle umweltschonend um. Ich bin für einen weiteren Ausbau insbesondere durch Repowering, ist doch die neue Generation Windräder deutlich leiser und verträglicher. Der Kreis Paderborn schafft es, durch den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien seinen Bedarf zu 80 Prozent selbst zu decken.

Nicht zu vergessen: NRW ist bundesweit die Nummer eins in der Umweltwirtschaft. Die dauernde Kritik an der Windkraft ist in den meisten Fällen überzogen und wird leider von Gruppen gesteuert und emotionalisiert. Neben der finanziellen Beteiligung der Bürger an vielen Windparks ist ein gezieltes Abschalten



Grüne-Landtagskandidatin
Norika Creuzmann

zu bestimmten Zeiten zum Schutz von Mensch und Tier längst üblich. Wie sehen denn die Alternativen aus? Niemand will ernsthaft den landschaftszerstörenden Braunkohleabbau oder gar zurück zur Atomkraft.«

Holger Drewer (Die Linke): »Im vollen Umfang nutzen«

»Eine Umgestaltung zu 100 Prozent auf regenerative Energien ist unumgänglich: Sie muss dezentral und demokratisch gestaltet werden. Mit seiner großen Anzahl an Windkraftanlagen steht der Kreis Paderborn in einer Vorreiterrolle. Jedoch darf diese Umstellung, gerade im Bezug auf die Fixierung auf die Windenergie, nicht gegen die Selbstverwaltung der Kommunen, die Gesundheit der Bürger und den Artenschutz ausgespielt werden.

Ausreichende Abstände zu Wohngebieten, übermäßige Höhen und ein sinnvoller Einsatz der »Leuchttürme« müssen endlich gesetzlich geregelt werden. Bürger vor Ort sollten aktiv in die Gestaltung eingebracht werden.



Linke-Landtagskandidat
Holger Drewer

Maßnahmen der Diversifikation von Energiequellen, den Ausbau von Speicherstrukturen und die Einrichtung von so genannten intelligenten Netzen nachgedacht werden, um die Windenergie in vollem Umfang zu nutzen.«

Dr. Lutz Martiny (Piraten): »Für konsequenten Ausbau«

»Zunächst eine klare Aussage: Die Piratenpartei setzt sich für den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien und die Abkehr von fossilen Energieträgern ein.

Die von der Bundesregierung propagierte Energiewende entpuppt sich als hehres Ziel ohne Plan zu notwendigen Änderungen des Baurechts, des Steuerrechts, der kommunalen Selbstverwaltung, aber mit viel Fördergeldern. Die CDU im Kreis sieht den sozialen Frieden gestört und fordert eine Deckelung, nimmt aber ihren eigenen Beschluss, bis 2020 100 Prozent Windstrom im Kreis aus Erneuerbaren Energien zu decken, nicht zurück. Johannes Lackmann (Westfalenwind) will Geld verdienen und lässt durch Grünen-Kreistagsabgeordnete Kerstin Haarmann (verantwortlich im Sin-



Piraten-Landtagskandidat
Dr. Lutz Martiny

ne des Presserechts) auf seiner Internetseite windkraftsatire.de die Kritiker verspotten. Die Kommunen werden entmündigt und Bürgerbeteiligung erweist sich als Lippenbekenntnis. Verar... kann ich mich allein.«

Karl-Heinz Tegethoff (AfD) »Gegen jede Subvention«

»Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist zu einer staatlich verordneten Naturzerstörungs- und Kapitalvernichtungsmaschine mutiert und deshalb sofort zu stoppen. Wir alle zahlen für überschüssigen und nicht eingespeisten EEG-Strom. Die Rentabilität ist an westfälischen Standorten nicht gegeben. Es gibt weder großtechnische geeignete Energiespeicher noch die dazugehörige Umwandlungstechnologie für Zeiten ohne Wind. Die AfD fordert: keine weiteren Subventionen für Naturzerstörung durch Windkraftanlagen. Wir lehnen subventionierte Anlagen grundsätzlich ab, da die Wirtschaftlichkeitsschwelle ohne Speichern unerreichtbar ist. Die AfD fordert ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht der Bürger bei der Genehmigung von Windkraftanlagen. Die Kommunen müssen sicher stellen, dass durch Errichtung von Anla-



AfD-Landtagskandidat
Karl-Heinz Tegethoff

gen zur Stromerzeugung keine unnötigen Belastungen entstehen und alle geltenden Gesetze eingehalten werden. Wir lehnen Windenergieanlagen in Wäldern und Naturschutzgebieten ab. Die AfD fordert einen Mindestabstand der zehnfachen Gesamthöhe zur nächstgelegenen Wohnbebauung.«